

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

25. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Wahlperiode 2018 - 2023)

Sitzungstermin:	Donnerstag, 11.11.2021	
Sitzungsbeginn:	16:12 Uhr	
Sitzungsende:	19:32 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Jörn Puhle - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Dagmar Hildebrand - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzende		
Sandra Odendahl - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Jose Maria Bernet - Lübecker Jugendring		
Pastorin Dörte Eitel - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Thomas Grams - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Samir Hmayed - SPD	Vertretung für: Frau Kristin Blankenburg	
Claus-Peter Lorenzen - CDU	bis 17:50 Uhr, Vertretung für: Herrn Horst Wargenau	
Sandra Pereira da Silva David - Lübecker Jugendring Die Johanniter		
Andreas Schulze - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Frau Simone Stojan	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Herrn Bastian Langbehn	
Michaela Vogeler - Die Unabhängigen	Vertretung für: Frau Claudia Petereit	
Jürgen Wecker - AG freier Wohlfahrtsverbände		
Jens Zimmermann - CDU	Vertretung für: Herrn Stefan Krause	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Mascha Benecke-Benbouabdellah - Stadelternvertretung		
Klaus-Peter Jürgensen - Fachbereichsdienste FB 4		
Maxim Loboda - Vertretung der Jugend		
Lutz Regenbergs - Mitglied der Fachgruppe HZE		
Birgit Reichel - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt		
Petra Scharrenberg - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	Vertretung für: Frau Renate Junghans	
Juleka Schulte - Ostermann - Stadelternvertretung		

Verwaltung	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Sabine Dörre-Brunner - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Renate Heidig - 4.041.2 Jugendhilfeplanung	
Christiane Möller - 4.513 Jugendarbeit/Jugendamt	
Petra Schmittner - 1.160 Frauenbüro	
Dirk Schmäuser - FB 2.500	
Kai Soomann - FBC FB 4	Vertretung für: Herrn Aiko Wagner
Uta Steinkamp - 4.511 - Kindertageseinrichtungen	
Protokollführung	
Dana Gladasch - 4.513 - Jugendarbeit	
Gäste	
Jenny Scharfe - TraveKom	
Norbert Struck - Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen	
Sonstige Personen	
Daniel Kerlin - FDP	
Andreas Müller - DIE LINKE	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Kristin Blankenburg - SPD	entschuldigt
Bastian Langbehn - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	keine Teilnahme
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Stefan Krause - CDU	entschuldigt
Claudia Petereit - Die Unabhängigen	keine Teilnahme
Simone Stojan - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Horst Wargenau - CDU	keine Teilnahme
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Rafael Jancen - Forum für MigrantInnen	entschuldigt
Renate Junghans - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	entschuldigt
Verwaltung	
Hansjörg Diers - 4.041.1 Jugendberufsagentur	entschuldigt
Thorsten Drescher - 4.401.2 Jugendhilfeplanung	entschuldigt
Aiko Wagner - FBC FB 4	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.09.2021	
3	Anliegen der Jugend	
4	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1	Mitteilungen der Verwaltung	
4.1.1	Informationen zur Neuwahl des JHA	
4.2	Beantwortung der Anfrage des BM Thomas Rathcke (FDP) zur Jugendhilfeplanung	VO/2019/07334-01
4.3	mdl. Anfrage von Frau Benecke-Benbouabdellah zur Raumkategorisierung in den städtischen Kindertageseinrichtungen	
4.4	mdl. Anfragen von Frau Hildebrand zum aktuellen Stand Umzug des Jugendzentrums in Moisling und in Schlutup	
5	Berichte	
5.1	mdl. Bericht: aktuelle Entwicklung in den Hilfen zur Erziehung	
5.2	mdl. Bericht: SGB VIII-Reform	
5.3	mdl. Bericht: Armuts- und Sozialbericht	
5.4	mdl. Bericht: Vertretungsregelung in der Kindertagespflege	
5.5	Neustrukturierung des Rates für Kriminalprävention (Kommunaler Präventionsrat)	VO/2019/07558-03
6	Beschlussvorlagen	
6.1	Berufung eines stellvertretenden beratenden Ausschussmitgliedes in den Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des Bereiches Jugendarbeit	VO/2021/10334
6.2	Umsetzung des Konzeptes Digitalisierung der Kinder- und Jugendarbeit	VO/2021/10365-01
7	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	

7.1	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, DIE LINKE & Die Unabhängigen AT zu VO/2021/10211-01 Kinder- und Jugendbeteiligung in allen Ausschüssen	2021/10211-01-01
8	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8.1	AM Puhle (SPD): Weiterentwicklung Offener Ganztage	VO/2021/10482
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
15	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 25. Sitzung des Jugendhilfeausschusses mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Er begrüßt Herrn Struck, der einen Vortrag zum Thema SGB VIII halten wird und gratuliert Frau Heidig zum Geburtstag.

Herr Puhle erklärt, dass Herr Jürgensen heute zum letzten Mal an einer Jugendhilfeausschusssitzung teilnehme. Er bedankt sich für die jahrelange, konstruktive Zusammenarbeit und verabschiedet sich bei ihm.

Der Vorsitzende verpflichtet die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Mandy Siegenbrink und Herrn Claus-Peter Lorenzen mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf die Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Herr Puhle berichtet, dass es eine mündliche Anfrage von Frau Benecke-Benbouabdellah gibt, die unter TOP 4.3 aufgenommen wurde.

Der Vorsitzende erklärt, dass es einen Nachtragstagesordnungspunkt unter 13.1 zum Thema Mietvertragsverlängerung einer städtischen Kindertageseinrichtung gibt, der nach Maßgabe einer entsprechenden Beschlussfassung durch die Mitglieder des Ausschusses im nichtöffentlichen Teil beraten werden kann. Herr Puhle weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nicht-öffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Der Vorsitzende lässt über die Dringlichkeit abstimmen:

Einstimmige Annahme
Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Der Vorsitzende lässt über die Zuordnung des TOP zum nichtöffentlichen Teil abstimmen:

Mehrheitliche Annahme
Ja-Stimmen: 12
Nein-Stimmen: 2
Enthaltungen: 0

Die Tagesordnung wird unter Bejahung der Dringlichkeit und Zuordnung zum nichtöffentlichen Teil um den Tagesordnungspunkt 13.1 erweitert.

Herr Puhle fragt, ob weitere mündliche Anträge zur Tagesordnung gestellt werden und ob es weitere Tagesordnungspunkte unter Ausschluss der Öffentlichkeit gibt. Dies ist nicht der Fall.

Der Vorsitzende lässt über die Tagesordnung mit den vorgeschlagenen Änderungen abstimmen:

Einstimmige Annahme
Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

Die Tagesordnung ist mit den entsprechenden Erweiterungen einstimmig festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 02.09.2021

Es liegen keine schriftlichen Änderungsanträge zur Niederschrift vor. Der Vorsitzende fragt die Mitglieder des Ausschusses, ob mündliche Änderungsanträge zur Niederschrift der 24. Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 02.09.2021 vorgebracht werden. Dies ist nicht der Fall.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anliegen der Jugend

Auf eine Nachfrage von Herrn Loboda erklärt Frau Frank, dass zunächst geschaut werden müsste welche Corona-Maßnahmen durch das Land geregelt werden. Daniel Günther hätte zugesagt, dass es keinen weiteren Lockdown gebe. Die Maßnahmen der HL müssten flexibel an die jeweilige Situation und an die Vorgaben des Landes angepasst werden. Herr Puhle ergänzt, dass die Digitalisierung der Jugendarbeit, die heute im Ausschuss beraten werde, auch ein Baustein sei, um den Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen nicht zu verlieren. Weiterhin macht er deutlich, dass es in den Bundesländern unterschiedliche Regelungen gebe und die Landesvorgaben abzuwarten seien.

Auf eine Nachfrage von Herrn Loboda zum aktuellen Stand seiner Nachfrage aus dem Juni-Ausschuss zum Thema Versorgungssituation von Kindern und Jugendlichen in psychologischer Betreuung erklärt Frau Frank, dass dies geklärt werde. Es könnte jedoch möglich sein, dass solche Zahlen nicht vorliegen.

Frau Pott als Stadtschülersprecherin meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Frau Pott widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Frau Pott begrüßt den Antrag unter TOP 7.1 und spricht sich auch dafür aus, dass in allen Ausschüssen die Anliegen von Kindern und Jugendlichen angehört werden sollen.

zu 4 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 4.1 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1.1 Informationen zur Neuwahl des JHA

Frau Gladasch berichtet, dass die neue Fraktion „Fraktion 21“ das Verlangen nach Neubesetzung der Ausschüsse, unter anderem auch für den Jugendhilfeausschuss, beantragt habe. Damit würden in der Sitzung der Lübecker Bürgerschaft am 25.11.2021 Neuwahlen erfolgen. Dadurch müsste die reguläre Ladungsfrist für den Jugendhilfeausschuss am 02.12.2021 verkürzt werden. Die Einladungen für die Dezember-Sitzung würden somit erst am 26.11.2021 verschickt..

**zu 4.2 Beantwortung der Anfrage des BM Thomas Rathcke (FDP) zur Jugendhilfeplanung
Vorlage: VO/2019/07334-01**

Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Auf eine Nachfrage von Herrn Kerlin zur Verteilung des Förderbedarfs auf Mädchen und Jungen antwortet Frau Heidig.

Beantwortung:

Beantwortung der Anfrage des BM Thomas Rathcke (FDP) zur Jugendhilfeplanung
VO/2019/07334

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Beantwortung der Anfrage zur Kenntnis.

zu 4.3 mdl. Anfrage von Frau Benecke-Benbouabdellah zur Raumkategorisierung in den städtischen Kindertageseinrichtungen

Frau Benecke-Benbouabdellah entschuldigt sich für die kurzfristige Anfrage, aber auch sie habe die Informationen erst kurzfristig erhalten. Die Anfrage werde schriftlich nachgereicht. Sie erklärt, dass einige Räume in städtischen Kindertageseinrichtungen nicht hinreichend kategorisiert oder in falschen Kategorien eingruppiert seien. Sie bittet um zeitnahe Beantwortung.

Frau Frank erklärt, dass die Träger der freien Jugendhilfe selbst verantwortlich seien und dass die Anfrage in einer der nächsten Sitzungen beantwortet werde.

Der Vorsitzende fragt, ob es weitere mündliche Anfragen gibt.

zu 4.4 mdl. Anfragen von Frau Hildebrand zum aktuellen Stand Umzug des Jugendzentrums in Moisling und in Schlutup

Frau Hildebrand fragt nach dem aktuellen Stand zum Umzug des Jugendzentrums in Moisling und in Schlutup.

Frau Frank sagt eine schriftliche Beantwortung in einer der nächsten Sitzungen zu.

zu 5 Berichte

zu 5.1 mdl. Bericht: aktuelle Entwicklung in den Hilfen zur Erziehung

Frau Scharrenberg berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (die der Niederschrift als **Anlage** beigefügt wird) über die aktuelle Entwicklung in den Hilfen zur Erziehung. Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht und ergänzt, dass es ein Positionspapier der Träger der freien Jugendhilfe zum strukturellen Notstand in der stationären Jugendhilfe gebe. Dies soll in der nächsten Sitzung des Ausschusses thematisiert werden. Das Positionspapier werde in der kommenden Woche an die Ausschussmitglieder verschickt.

Herr Müller von der Fraktion Die Linke meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Auf eine Nachfrage von Herrn Müller erklären Herr Regenber, Herr Puhle und Frau Senatorin Frank, dass das Papier im September an das Jugendamt der HL geschickt worden sei und dass es in der Unter-Arbeitsgemeinschaft §78 einen Austausch zwischen dem Bereich Familienhilfen und den Trägern dazu gegeben habe.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5.2 mdl. Bericht: SGB VIII-Reform

Frau Senatorin Frank begrüßt Herrn Struck und erklärt, dass Herr Struck zunächst einen Überblick über die Änderungen und die Bedeutung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes geben werde. Nach einer kurzen Pause werde Herr Struck weiterhin zur Inklusion berichten.

Herr Struck stellt sich kurz vor und berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (die der Niederschrift als **Anlage** beigefügt wird) über die Kernpunkte des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes.

Im Anschluss an den Vortrag erfolgt die Pause von 17:50 Uhr bis 18:01 Uhr.

Herr Struck berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (die der Niederschrift als **Anlage** beigefügt wird) über Hilfen aus einer Hand für Kinder mit und ohne Behinderungen.

Herr Müller von der Fraktion Die Linke meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Auf eine Nachfrage von Herrn Müller zum Personalbedarf erklären Herr Struck und Frau Senatorin Frank, dass sich wahrscheinlich ein personeller und finanzieller Mehraufwand ergeben werde, dass aber die entsprechenden Evaluationen zunächst abgewartet werden müssten.

Frau Benecke-Benbouabdellah begrüßt die Entwicklungen und lobt das bereits bestehende Verfahren der HL und die Einhaltung des Prinzips der wohnortnahen Betreuung.

Frau Senatorin Frank ergänzt, dass Inklusion bei der HL bereits thematisiert und bearbeitet werde. Derzeit gebe es Gespräche unter Beteiligung des Fachbereich 2 – Wirtschaft und Soziales, der Träger der freien Jugendhilfe und der Jugendhilfeplanung, in wie weit Aspekte bereits vor 2028 umgesetzt werden könnten.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5.3 mdl. Bericht: Armuts- und Sozialbericht

Herr Puhle erklärt, dass der Armuts- und Sozialbericht im letzten Ausschuss auf der TO stand und dass es den Wunsch gegeben hätte einen Antrag dazu zu formulieren. Er begrüßt

Herr Schmüser und bittet um Mitteilung zum aktuellen Sachstand unter Nennung einer Zeitschiene zur Erstellung des Berichtes.

Herr Schmüser berichtet, dass es ein Kernteam, unter Beteiligung des FB4 gebe, das den Bericht erstelle. Zunächst würden Daten zusammengestellt und nach Inhalten strukturiert. Es würden zwei Schwerpunktthemen (Kinder und Altersarmut) herausgearbeitet. Zweck des Berichts sei die Ist-Situation zu beschreiben und die kommunalen Handlungsoptionen aufzuzeigen. Im Frühjahr 2022 soll es eine entsprechende Berichtsvorlage für die Gremien geben.

Frau Eitel stellt folgenden Antrag dazu:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Die Verwaltung wird auf der Grundlage des neuen Armuts- und Sozialberichtes mit der Erarbeitung eines integrierten, sozialraumorientierten Gesamtkonzeptes zur Bekämpfung / Reduzierung von Armutsrisiken und –folgen mit einem Schwerpunkt auf Familien und ihre Kinder beauftragt.

Begründung:

Die Wohlfahrtsverbände sehen aus ihrer praktischen Arbeit heraus eine Zunahme des Armutsrisikos insbesondere für Kinder / Jugendliche und ihre Familien. Die Erziehungs- und Lebensbedingungen für Kinder besonders in einkommens- und bildungsarmen Familien ist besorgniserregend und hat sich angesichts der Coronapandemie noch verschlechtert.

Die Fertigstellung des Armuts- und Sozialberichtes Anfang 2022 wird daher sehr begrüßt.

Die Wohlfahrtsverbände und der DGB haben in ihrem Diskussionspapier „Die Zukunft: eine soziale Stadt Lübeck“ ausführlich die Sachlage bezogen auf Kinder, Frauen, Armut im Alter sowie Armut und Beschäftigung dargestellt und zahlreiche Lösungsansätze für ein Gesamtkonzept mit dem Fokus Armut bei Kindern vorgestellt.

Herr Puhle macht deutlich, dass dieser Antrag erst greifen würde, wenn der Bericht fertiggestellt sei. Er schlägt vor diesen Antrag in das laufende Verfahren zu geben, damit diese Punkte bereits bei der Erstellung berücksichtigt werden. Herr Schmüser ergänzt, dass die Frage bereits intern diskutiert werde und dass die Sozialraumorientierung Bestandteil des Berichts sein werde.

Der Vorsitzende fragt, ob die Wohlfahrtsverbände damit einverstanden sind, wenn der Antrag als Arbeitsgrundlage an die Verwaltung weitergeleitet wird. Die Inhalte des Antrages sollen entsprechend in den Bericht aufgenommen werden.

Die Wohlfahrtsverbände sind damit einverstanden und der Antrag wird zur Erstellung des Armuts- und Sozialberichtes an die Verwaltung weitergeleitet.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5.4 mdl. Bericht: Vertretungsregelung in der Kindertagespflege

Herr Jürgensen berichtet, dass es einen neuen Vertretungsstützpunkt im Stadtteil Vorwerk gebe, der in Kürze an den Start gehen könne. Darüber hinaus hätten bereits neun mobile Vertretungskräfte ihre Arbeit aufgenommen und 40 Kooperationen abgeschlossen. Für interessierte Tagespflegepersonen gebe es Fortbildungen zur neuen Vertretungsregelung. Am 20.11.2021 werde es einen fachlichen Austausch zum Vertretungsmodell geben.

Herr Kerlin von der FDP meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Auf die Nachfragen von Herrn Kerlin erklärt Herr Jürgensen, dass es noch keine Erfahrungswerte gebe. Erst mit der Zeit werde sich zeigen wie das Modell von Eltern angenommen und die Vertretung in der Praxis erfolgen werde. Frau Benecke-Benbouabdellah ergänzt, dass die KEV & SEV dazu eine Umfrage gemacht habe. Den meisten Eltern sei das

Vertretungsmodell nicht bekannt und einige Eltern hätten organisatorische und pädagogische Bedenken geäußert.

Frau Senatorin Frank bittet um etwas Geduld, da das Modell gerade erst gestartet sei.

Herr Müller von der Fraktion Die Linke meldet sich aufgrund einer Nachfrage. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Müller widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Auf Nachfragen von Herrn Müller und Herrn Kerlin zum fachlichen Austausch am 20.11.2021 antworten Herr Jürgensen und Herr Puhle.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5.5	Neustrukturierung des Rates für Kriminalprävention (Kommunaler Präventionsrat) Vorlage: VO/2019/07558-03
---------------	---

Herr Puhle berichtet, dass es im Ausschuss für Soziales einen Antrag zu dem Bericht gegeben habe, der eine zusätzliche Planstelle in Vollzeit fordere. Der Ausschuss habe den Antrag angenommen und würde eine entsprechende Empfehlung an die Bürgerschaft aussprechen.

Bericht:

Präventionsarbeit hat eine wichtige Funktion im kommunalen Handeln.

Engagierte und positive Einflussnahme auf gesellschaftliche Prozesse unterstützt ein friedliches Miteinander. Die Förderung von Gesundheit, Gerechtigkeit und Teilhabe stärkt jede:n Einzelne:n, rechtzeitiges Gestalten und Korrigieren erspart intervenierende Maßnahmen und hohe Folgekosten bei Fehlentwicklungen.

Querschnittsthemen wie Schulabsentismus, wachsende Zahlen von psychischen Erkrankungen in allen Lebensaltern (darunter Suchtkrankheiten), (Cyber-)Mobbing, Fremdenfeindlichkeit, politische Radikalisierung, häusliche Gewalt betreffen in vielfältiger Weise die Bevölkerung, die wirtschaftliche Entwicklung und die Stabilität von Gemeinwesen. Diese Themen erfordern einen langen Atem und eine umfassende, überprofessionelle Betrachtung. Es braucht aber auch eine organisatorische Grundlage, die es ermöglicht, sich kontinuierlich mit ihnen zu beschäftigen und durch geeignete Instrumente und Maßnahmen unerwünschten Entwicklungen zu begegnen.

Die Rückorganisation in den Bereich 4.513 (Jugendarbeit/Jugendamt) im November 2019 bietet Anlass für eine Neuorientierung des Kriminalpräventiven Rates Lübeck (KPR), mit dem Ziel, die aktive Arbeit des Rates wiederaufzunehmen, um zielführende und wirksame Arbeitsergebnisse zu erhalten.

Die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 30.01.2020 die VO/2019/07558 in geänderter Fassung einstimmig beschlossen. Der Beschluss beauftragt den Bürgermeister, den Rat für Kriminalprävention im Fachbereich 4 zu reaktivieren.

Verfahren:

Bereiche / Projektgruppen	Ergebnis
1.160 – Frauenbüro	Zustimmung – Anmerkungen sind eingearbeitet
2.000.2 – Stabsstelle Integration	Zustimmung
2.000.3 – Stabsstelle Behindertenbeirat	Zustimmung
2.500 – Soziale Sicherung	Zustimmung
2.530 – Gesundheitsamt	Zustimmung – Anmerkungen sind eingearbeitet
3.320 – Ordnungsamt	Zustimmung

3.390 – Umwelt-, Natur- & Verbraucherschutz	Zustimmung
4.041.4 – Kulturbüro	Zustimmung
4.041.6 – Jugendberufsagentur	Zustimmung
4.401 – Schule und Sport	Zustimmung – Stellungnahme als Anlage beigefügt
4.415 – Archiv	Zustimmung
4.416 – Stadtbibliothek	Zustimmung
4.510 – Jugendamt - Familienhilfen	Zustimmung
4.511 – Städtische Kindertageseinrichtungen	Zustimmung
5.610 – Stadtplanung und Bauordnung	Zustimmung
5.660 – Stadtgrün und Verkehr	Zustimmung

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 6	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 6.1	Berufung eines stellvertretenden beratenden Ausschussmitgliedes in den Jugendhilfeausschuss auf Vorschlag des Bereiches Jugendarbeit Vorlage: VO/2021/10334
---------------	--

Ein stimmberechtigtes Mitglied verlässt den Bürgerschaftssaal.

Es gibt keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Frau Sophia Marie Pott wird als Nachfolgerin von Herrn Lukas Leitner als stellvertretendes, beratendes Mitglied auf Vorschlag des Bereiches Jugendarbeit der Hansestadt Lübeck, in den Jugendhilfeausschuss berufen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	12
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

**zu 6.2 Umsetzung des Konzeptes Digitalisierung der Kinder- und Jugendarbeit
Vorlage: VO/2021/10365-01**

Ein stimmberechtigtes Mitglied betritt den Bürgerschaftssaal wieder.

Frau Dörre-Brunner vom Bereich Jugendarbeit und Frau Scharfe von der TraveKom stellen anhand einer Power-Point-Präsentation (die der Niederschrift als **Anlage** beigelegt wird) den aktuellen Umsetzungsstand der Digitalisierung der Jugendarbeit vor.

Auf Nachfragen von Herrn Loboda und Frau Vogeler erklärt Frau Scharfe, dass die App Rocket.Chat in der JugendApp aufgenommen werde, dass derzeit noch auf die Zustimmung der Datenschutzbeauftragten gewartet werde und dass noch im Dezember entsprechende Workshops mit Kindern und Jugendlichen stattfinden sollen.

Der Vorsitzende lässt über die Vorlage abstimmen:

Beschluss:

Die Hansestadt Lübeck, Bereich 4.513 – Jugendarbeit / Jugendamt, wird beauftragt die Digitalisierung der Jugendarbeit, entsprechend dem anliegenden Konzept und auf Grundlage des Bürgerschaftsbeschlusses vom 30.09.2021 (VO/2021/10329-01) zur Finanzierung der Maßnahme im Haushaltsjahr 2022 umzusetzen. Die Haushaltsmäßige Ordnung in Höhe 199.300 € ist herzustellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss beschließt einstimmig entsprechend des Beschlussvorschlages zu verfahren.

zu 7 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 7.1 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, DIE LINKE & Die Unabhängigen AT zu
VO/2021/10211-01 Kinder- und Jugendbeteiligung in allen Ausschüssen
Vorlage: 2021/10211-01-01**

Herr Schulze bitte um die Meinung der Jugendvertretung dazu.

Herr Loboda erklärt, dass er diesen Antrag gut und richtig finde. Frau Hildebrand macht deutlich, dass sie keinen Bedarf sehe, da die Ausschüsse öffentlich seien und Rederecht grundsätzlich erteilt werden könnte.

Frau Vogeler spricht sich für den Antrag aus. Herr Bernet weist darauf hin, dass lediglich der Tagesordnungspunkt „Anliegen von Kindern und Jugendlichen“ nicht ausreichend sei. Die

Kinder und Jugendlichen müssten begleitet und hinreichend informiert werden. Der Antrag sei ein Teil der Beteiligungsstruktur, die gerade entwickelt werde.

Herr Kerlin von der FDP, Herr Müller von der Fraktion Die Linke und Frau Pott als Stadtschülersprecherin melden sich aufgrund von Nachfragen. Der Vorsitzende fragt, ob der Ausschuss der Anhörung von Herrn Kerlin, Herrn Müller und Frau Pott widerspricht. Der Ausschuss widerspricht dem nicht.

Es entsteht eine Diskussion über die Besetzung der Jugendvertretung im Jugendhilfeausschuss. Es sprechen Herr Kerlin, Frau Möller, Herr Müller, Frau Hildebrand, Frau Pott und Herr Puhle. Frau Frank erläutert die Funktion des Jugendhilfeausschusses und die daraus resultierende Zuständigkeit dieses Gremiums.

Der Vorsitzende schlägt vor den Antrag entweder als Material in die Verwaltung zu geben oder ihn zu vertagen, da er davon ausgehe, dass die Bürgerschaft ihn nicht beschließen werde. Frau Möller ergänzt, dass das Rederecht in Ausschüssen bereits Thema bei den Jugendlichen sei und eine Ablehnung der Bürgerschaft daher ein sehr schlechtes Zeichen den Kindern und Jugendlichen gegenüber sei.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagung des Antrages bis zum Sommer 2022 abstimmen:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird gebeten, in allen Ausschüssen den Tagesordnungspunkt „Anliegen von Kindern & Jugendlichen“ zu Beginn der Ausschusssitzung hinzuzufügen.

Hierfür sollten mindestens 10 Minuten vorgesehen werden. Alle Kinder und Jugendliche der Stadt können diesen Tagesordnungspunkt nutzen, um sich mit ihren Themen an den Ausschuss zu wenden. Sie erhalten somit für diesen Tagesordnungspunkt Rede- oder Gestaltungsrecht.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	8
	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss vertagt den Überweisungsauftrag mehrheitlich bis zum Sommer 2022.

zu 8 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 8.1 AM Puhle (SPD): Weiterentwicklung Offener Ganztage
Vorlage: VO/2021/10482**

Herr Puhle erläutert den Antrag kurz.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Antrag:

Der Bürgermeister möge vor der Sommerpause 2022 berichten wie die weitere Gestaltung des Ganztags an Schule geplant ist und welche finanziellen Auswirkungen dies für die Haushalte 2023 ff. voraussichtlich haben wird.

Neben der inhaltlichen Entwicklung sind insbesondere auch folgende Punkte aufzunehmen:

- *Berechnung der Leitungsanteile*
- *Berechnung der Overheadkosten*
- *Integration / Inklusion*
- *Fachkraftquote*
- *Personalschlüssel*
-

Zudem fordert die Bürgerschaft das Land Schleswig Holstein auf, Rahmenbedingungen zur Ausgestaltung des Offenen Ganztags, insbesondere auch vor dem Hintergrund des Rechtsanspruches der Ganztags - Grundschule, schnellstmöglich zu benennen, damit die Kommunen ihre jeweiligen Planungen auf einer landesweiten Grundlage vornehmen können.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	0
	Enthaltungen	0
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig entsprechend des Antrages zu beschließen.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:30 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum. Die Sitzung wird um 19:31 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 15 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass folgendes einstimmig beschlossen wurde:

Der Bürgermeister wurde beauftragt, den Mietvertrag für eine städtische Kindertageseinrichtung abzuschließen.

Lübeck, den 14. Januar 2022

Jörn Puhle
Vorsitzende/r

Dana Gladasch 4.513 Jugendarbeit
Protokollführung